

An den Presse-Verteiler

Fraktionsvorsitzender:
Christoph BratmannÖffentlichkeitsarbeit:
Robin Koppelmann

Fon: 0531 – 470 21 11

Fax: 0531 – 470 29 74

Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

PRESSEMITTEILUNG (20/2020)

Erscheinungsdatum: 27. Mai 2020

Kontaktverbote und fehlende Übungen in Corona-Zeiten – SPD-Ratsfraktion fordert Perspektive für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr und beantragt Katastrophenschutzplan

Selbstaufgelegte Kontaktsperren, fehlende Übungsmöglichkeiten – die Auswirkungen der Corona-Pandemie bringen auch die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr in eine Ausnahmesituation. Diese Situation und einen Fahrplan, wie es weitergehen kann, möchte die SPD-Ratsfraktion Braunschweig in der nächsten Sitzung des Feuerwehrausschusses thematisieren. „Insbesondere die Kameradinnen und Kameraden in der Freiwilligen Feuerwehr befinden sich gerade in einer schwierigen Lage“, erläutert Matthias Disterheft, stv. Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion: „Um die Einsatzfähigkeit zu gewährleisten, müssen die privaten sozialen Kontakte auf ein Minimum reduziert werden. Das ist für die Aktiven natürlich eine große Belastung und verhindert auch dringend nötige Übungseinheiten. Wir brauchen hierfür eine Exit-Strategie!“

Eine entsprechende Anfrage hat die SPD-Ratsfraktion an die Verwaltung gestellt. „Wie allen Verbänden und Vereinen muss auch den Ortswehren eine klare Perspektive aufgezeigt werden, wie es in der Corona-Krise weitergehen kann“, fordert Disterheft. Natürlich stehe die Sicherheit vor Infektionen auch in der Feuerwehr über allem – es gäbe aber auch Möglichkeiten, das Infektionsrisiko beispielsweise durch das Nutzen von Videosoftware und das Anpassen entsprechender Dienstpläne zu minimieren. Disterheft unterstreicht: „Die ehrenamtlichen Kräfte nehmen derzeit große Belastungen in Kauf. Für sie brauchen wir Transparenz, wie es weitergehen kann.“

In der gleichen Sitzung wird Disterheft zudem die Erstellung eines Katastrophenschutzplans in Braunschweig beantragen: „Auf Anfrage der SPD-Fraktion wurde dem Feuerwehrausschuss im Dezember 2019 mitgeteilt, dass unserer Stadt nach den Kriterien des Bundesamtes für Katastrophenschutz 81 mögliche Katastrophenszenarien drohen könnten“, so Disterheft. Darunter fallen auch die Fälle „Pandemie“ (Fall 30) und „Tierseuche“ (Fall 31). „Was sich im Dezember noch sehr abstrakt anhörte, ist umso schneller bittere Realität geworden“, begründet Disterheft. „Hieraus müssen wir nun die richtigen Schlüsse ziehen: Um auf wirklich alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, müssen die beschriebenen Fälle mit einem Maßnahmenkatalog und klaren Zuständigkeiten hinterlegt werden. Wir brauchen einfache wie tragfähige Strukturen, um für die Zukunft gewappnet zu sein.“